Stadt Bersenbrück Bersenbrück, den 23. November 2017

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus, Stadtmarketing, Paten- und Partnerschaften und Kultur
am Dienstag, den 14.03.2017, um 17:00 Uhr
im Rathaus der Samtgemeinde Bersenbrück, Lindenstraße 2, 49593 Bersenbrück, Hermann-Rothert-Saal, Ebene 7
(SKPPTS/016/2017)

Anwesend:

Vorsitzende/r
Krusche, Manfred

Mitglieder
Buitmann, Franz
Menslage, Heike i. V. f. Keck, Frank
Middelschulte, Elisabeth
Schaffert, Ralph-Erik
Stehle, Andre
Zander, Steffen i. V. f. von der Haar, Andrea

von der Verwaltung
Hedemann, Bärbel
Wesselkämper, Phil

Protokollführer/in
Steinkamp, Marieke

Zuhörer/-innen
Höckelmann, Widu
Weissmann, Josef

Entschuldigt fehlen:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit der Ausschussmitglieder, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Krusche eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit der Ausschussmitglieder bzw. deren Vertreter sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Darüber hinaus teilt er mit, dass die Tagesordnungspunkte 7 und 8 vorgezogen werden und nunmehr als TOP 4 und 5 ausgewiesen werden sollen. Zudem soll die Tagesordnung um den TOP "Auftragsvergabe für Notarsaufträge, hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.02.17" erweitert werden. Der TOP wird im Folgenden unter 9. geführt. Der Ausschuss erklärt sich daraufhin mit der Umstellung und Erweiterung der Tagesordnung einverstanden.

Ratsfrau Middelschulte merkt an, dass auf der Tagesordnung der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.02. zum Thema Stadtmarketing fehlen würde.
Dieser Tagesordnungspunkt wird nach Absprache mit Herrn Wesselkämper in der nächsten Ausschusssitzung behandelt.

2. <u>Wahl der/des stellv. Ausschussvorsitzenden</u>

Ausschussvorsitzender Krusche ruft den TOP auf und bittet um Wahlvorschläge.
Auf Vorschlag von Ratsherrn Schaffert wird Ratsherr Buitmann per Handzeichen einstimmig zum stellvertretenden Ausschussvorsitzenden gewählt.

3. <u>Einwohnerfragestunde</u>

Ausschussvorsitzender Krusche ruft den TOP auf und bittet um Wortmeldungen.

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

4. <u>Weihnachtsbeleuchtung/Eventbeleuchtung</u>
<u>hier: Antrag der Fördergemeinschaft Aktuelles Bersenbrück e.V.</u>
<u>Vorlage: 962/2017</u>

Ausschussvorsitzender Krusche ruft den Tagesordnungspunkt anhand der Vorlage auf und bittet den Vorsitzenden der Fördergemeinschaft Aktuelles Bersenbrück e.V., Herrn Andreas Wiegmann, um Erläuterungen zu dem Antrag.

Herr Wiegmann berichtet, dass die vorhandene Weihnachtsbeleuchtung in der Lindenstraße durch Baumwuchs und Schnittarbeiten an den Ästen in den vergangenen Jahren stark gelitten hat und eine Instandsetzung aufgrund der Insolvenz des Kettenherstellers nicht möglich ist.
Im vergangenen Jahr wurden daher kurzfristig LED-Strahler in Höhe von 3.500 € angeschafft, welche die Bäume in der Lindenstraße von unten bestrahlen. Dies hätte jedoch nicht den gewünschten Effekt einer adventlichen Atmosphäre erzeugt, woraufhin nun nach einer neuen Lösung gesucht werde.
Herr Wiegmann führt aus, dass die Kosten einer neuen Beleuchtung, insbesondere in Verbindung mit einer Erdverkabelung, von der Fördergemeinschaft allein nicht tragbar seien. Ebenso wäre die Planung und Organisation dieses Projektes mit einem enormen Aufwand verbunden.
Die Fördergemeinschaft bittet daher um einen offiziellen Auftrag der Stadt sowie um finanzielle und organisatorische Unterstützung.

Ausschussvorsitzender Krusche bedankt sich bei Herrn Wiegmann für die ausführliche Erläuterung. Einzelne Nachfragen aus der Mitte des Ausschusses werden von Herrn Wiegmann beantwortet. Hierbei wird darauf hingewiesen, dass die Kosten für die Erdverkabelung allein im fünfstelligen Bereich liegen würden. Des Weiteren würde das Einholen von unverbindlichen Angeboten vermutlich noch keine Kosten verursachen, so dass hier schon mit der Umsetzung begonnen werden könnte. Herr Wiegmann fügt hinzu, dass bei Umstellung auf LED-Weihnachtsbeleuchtung der Firma RWE Zuschüsse der RWE in Höhe von 2.000 € eingeholt werden könnten.

Ratsfrau Menslage stellt heraus, dass neben der Weihnachtsbeleuchtung auch die Eventbeleuchtung für bestimmte Veranstaltungen in Bersenbrück mit eingeplant werden sollte.

Die Ausschussmitglieder sind sich einig, dass die Punkte 1, 2 und 4 aus dem Antrag der Fördergemeinschaft "Aktuelles Bersenbrück" e.V. vom 01.03.17 durchgeführt werden sollten. Dies bedeutet, dass zunächst für die Beleuchtung der Lindenstraße ein Konzept von der Fördergemeinschaft und der Verwaltung erstellt werden sollte. Zusätzlich sollte die Verwendung der 2016 angeschafften Strahler eingeplant und die Kosten für das Projekt anhand von verschiedenen Angeboten ermittelt werden.

Ratsherr Buitmann regt an, eine langfristige Lösung für viele Jahre zu planen. Zudem sollte die Beleuchtung innerhalb Bersenbrücks einheitlich sein.
Ausschussvorsitzender Krusche fügt hinzu, dass ein Konzept für die Lindenstraße und Bramscher Straße zusammen konzipiert werden sollte.

Daraufhin schlägt Ratsfrau Middelschulte vor, den Arbeitskreis "BersenbrücksMitte", der sich u.a. aus Einzelhändlern in Bersenbrück zusammenschließt, mit in das Projekt einzubeziehen, da diese durch den Sitz ihrer Geschäfte besonders betroffen seien. Zudem sollten im Haushalt schon dieses Jahr finanzielle Mittel zur Umsetzung des Projektes eingeplant werden.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Schaffert bezüglich der Deckung im Haushalt bei kurzfristiger Finanzierung der Beleuchtung merkt Ausschussvorsitzender Krusche an, dass nach seiner Ansicht die entstehenden Kosten an anderer Stelle eingespart werden könnten, wodurch die Deckung gesichert wäre. Zudem regt Ratsherr Schaffert an, dass das

Projekt von einem der Ausschussmitglieder durchgehend begleitet werden sollte.
Die Ausschussmitglieder sind sich einig, dass zunächst für die Beleuchtung der Lindenstraße ein Konzept von der Fördergemeinschaft und der Verwaltung erstellt werden sollte. Zusätzlich sollte die Verwendung der 2016 angeschafften Strahler eingeplant und die Kosten für das Projekt anhand von verschiedenen Angeboten ermittelt werden.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Buitmann erklärt Herr Wiegmann, dass der Aufbau des Weihnachtsmarktes in ursprünglicher Form nicht angedacht sei, da das neue Konzept ebenfalls gut angenommen würde.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Schaffert erläutert Herr Wiegmann, dass der Arbeitskreis "BersenbrücksMitte" parallel zu der Fördergemeinschaft "Aktuelles Bersenbrück e.V." agiert und keine Konkurrenz besteht.

5. Aufzuganlage Bahnhof Bersenbrück
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.02.2017
hier: Antrag der Fraktion SPD vom 08.02.2017
hier: Antrag der Fraktion CDU vom 22.02.2017
Vorlage: 941/2017

Stellv. Ausschussvorsitzender Buitmann ruft den Tagesordnungspunkt auf und bittet um Wortmeldungen.

Ratsherr Krusche regt an, einen Antrag zur Finanzierung der Aufzugsanlage an die Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH (LNVG) bis Mai 2017 zu stellen. Dabei sollte die Ankum-Bersenbrücker Eisenbahn GmbH (abe) nicht mit einbezogen werden, da diese ein gewinnorientiertes Unternehmen sei, das durch die Finanzierung der Aufzugsanlage keinen Gewinn erwirtschaften könne. Einen Antrag an die abe zu stellen, würde daher nur einen Zeitverlust bedeuten. Die Finanzierung der laufenden Kosten sollte zur Hälfte von der Samtgemeinde und zur Hälfte von der Stadt erfolgen.

Ratsherr Buitmann weist darauf hin, dass in der letzten VA-Sitzung vom 28.02.17 ein Konsens erzielt wurde bezüglich einer Anfrage an die abe.

Ratsfrau Middelschulte führt aus, dass es laut der Geschäftsordnung der abe nicht möglich sei, das Unternehmen an der Finanzierung zu beteiligen, da die abe sich nur an Projekten beteiligen könne, die zur Gewinnerwirtschaftung beitragen. Würde die Stadt der abe einen Auftrag erteilen, durch den sie Gewinne erzielen könnte, hätte die Stadt höhere Ausgaben als bei einer Eigenfinanzierung. Sie ist der Auffassung, dass dem Bürgermeister dennoch der Auftrag erteilt werden sollte, mit der abe zu verhandeln. Dabei müsse jedoch eine Frist bis Ende April gesetzt werden.

Dazu ergänzt Ratsherr Krusche, dass eine klare Regelung gefasst werden müsse, was nach der Fristsetzung geschehe. Er schlägt daher vor, dass nach dem 30.04.17 der Antrag an die LNVG gestellt werden sollte.

Ratsherr Schaffert führt aus, dass die Stadt nicht für die Deckung der laufenden Kosten für die Aufzugsanlage verantwortlich sein sollte. Es müsse daher an den Verhandlungen mit der abe festgehalten werden, da durch die Überschüsse, welche die abe erwirtschaftet, die laufenden Kosten gedeckt werden könnten.

Danach empfiehlt der Ausschuss bei sechs Ja-Stimmen zu einer Nein-Stimme dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Bürgermeister wird beauftragt, bis Ende April mit der abe über eine mögliche Finanzierung der Aufzugsanlage zu verhandeln."

Der Antrag der SPD wird daraufhin bei 3 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen abgelehnt.

6. Übergangsregelung zum Sammelposten
Vorlage: 960/2017

Ausschussvorsitzender Krusche ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

Danach empfiehlt der Ausschuss dem Stadtrat einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

„Vorbehaltlich des Inkrafttretens der KomHKVO wird gemäß § 63 Abs. 1 KomHKVO die weitere Anwendung der §§ 45 Abs. 6 und 47 Abs. 2 GemHKVO in der bis zum 31.12.2016 geltenden Fassung bis längstens zum 31.12.2020 beschlossen."

7. Haushaltssatzung und Haushaltsplan mit Investitionsprogramm für das Haushaltsjahr 2017
Vorlage: 946/2017

Ausschussvorsitzender Krusche ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

Frau Hedemann erläutert daraufhin anhand einer dem Protokoll als Anhang beigefügten Präsentation ausführlich den vorliegenden Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes mit Investitionsprogramm für das Haushaltsjahr 2017. Sie hebt hervor, dass der Ergebnishaushalt insgesamt mit einem positiven Jahresergebnis in Höhe von 1,434 Mio. € abschließt. Zudem ergibt sich eine Nettoneuverschuldung in Höhe von 1,1 Mio. € Des Weiteren berichtet Sie, dass die Hebesätze – wie schon im Haushalt 2016 angekündigt – der Grundsteuer A und B von 360 auf 380 v.H. und für die Gewerbesteuer von 380 auf 395 v.H. angehoben werden sollen. Die Anhebung der Hebesätze ist unumgänglich, da ansonsten die Nettoanteile aus den Steuereinnahmen äußerst gering wären. Andere Mitgliedsgemeinden der Samtgemeinde haben bereits ihre Hebesätze angehoben oder zumindest eine Anhebung geplant.

Ausschussvorsitzender Krusche erkundigt sich nach dem Grund der Steuererhöhung um 20 Punkte. Frau Hedemann führt aus, dass die letzte Steuererhöhung schon einige Jahre zurückliege und verdeutlicht anhand eines Berechnungsbeispiels die negative Entwicklung der Nettoanteile. Dies trifft im Ausschuss auf Zustimmung.

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan mit Investitionsprogramm für das Haushaltsjahr 2017 werden vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Redaktionell wird mitgeteilt, dass der Ansatz für die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit im Jahr 2017 um 6.000 € zu verringern ist. Bei diesem Betrag handelt es sich um einen im System versehentlich ohne zugehörige Investitionsnummer erfassten Ansatz aus dem Vorjahr. Durch diese Änderung verändern sich die Beträge in der Haushaltssatzung wie folgt:

§ 1

Nr. 2.4: Auszahlungen für Investitionstätigkeit	*5.915.800 €*
Nr. 2.5: Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	*1.731.700 €*
Gesamtbetrag Einzahlungen des Finanzhaushaltes	*15.575.000 €*
Gesamtbetrag Auszahlungen des Finanzhaushaltes	*15.993.500 €*
Finanzmittelbedarf 2017	*-418.500 €*

*Gleichzeitig reduziert sich in **§ 2** der Gesamtbetrag der Kreditaufnahme um diesen Betrag, so dass hier nun eine Kreditermächtigung i.H.v. 1.731.700 € festzusetzen ist.*

8. <u>Überplanmäßige Auszahlungen zum Erwerb von Grundvermögen im Haushaltsjahr 2016</u>
<u>Vorlage: 911/2017</u>

Ausschussvorsitzender Krusche ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

Daraufhin empfiehlt der Ausschuss dem Rat einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der überplanmäßigen Auszahlung zum Erwerb von Grundstücken in Höhe von ca. 610.000,00 € wird entsprechend § 117 NKomVG zugestimmt.“

9. <u>Auftragsvergabe für Notarsaufträge</u>
<u>hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.02.2017</u>
<u>Vorlage: 963/2017</u>

Ausschussvorsitzender Krusche ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

Ratsfrau Middelschulte bemerkt, dass die Stadt Bersenbrück laut Anfrage der Fraktion UWG Bersenbrück eine Kanzlei bevorzugen würde. Nach Auffassung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sollten verschiedene Kanzleien in Bersenbrück mit Aufträgen betraut werden, um mehr Gerechtigkeit zu erreichen.

Dazu führt Ratsherr Buitmann aus, dass keine bewusste Beauftragung einer bestimmten Kanzlei erfolgt.

Auf Nachfrage von Herrn Stehle teilt Herr Wesselkämper mit, dass es drei Notare in Bersenbrück gäbe, die unabhängig und unparteilich seien. Ferner bestimmen grundsätzlich die Vertragspartner den Notar selbst. Eine Vorgabe durch den Rat wäre ein großer Aufwand für die Verwaltung, und zudem könnten Erfahrungswerte einzelner Notare durch die Rotation verlorengehen.

Daraufhin ist sich der Ausschuss einig, dass es keine Vorgabe geben soll, die Verwaltung jedoch zukünftig darauf achten sollte, die Verträge zwischen den ansässigen Notaren aufzuteilen.

10. Bericht der Verwaltung

Herr Wesselkämper teilt mit, dass verwaltungsseitig keine Berichtspunkte vorliegen.

11. Anfragen und Anregungen

Ausschussvorsitzender Krusche ruft den Tagesordnungspunkt auf und bittet um Wortmeldungen.

Ratsfrau Menslage regt an, dass auf den Einladungen zukünftig die Ausschussmitglieder mit aufgeführt werden sollten.

Daraufhin erläutert Herr Wesselkämper, dass dies mit einem hohen technischen Aufwand für die ITEBO verbunden wäre und daher schwierig zu realisieren sei. Er fügt aber hinzu, dass dies von der Verwaltung weiterverfolgt werde.

Ratsherr Zander erkundigt sich, warum zum Tagesordnungspunkt "Aufzugsanlage Bahnhof Bersenbrück" keine Vorlage hinterlegt ist. Dazu bemerkt Herr Wesselkämper, dass es sich dabei um ein Versehen der Verwaltung handelt. Grundsätzlich sind alle entscheidungsrelevanten TOP's mit Vorlagen hinterlegt.

12. <u>Einwohnerfragestunde</u>

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Ausschussvorsitzender Krusche schließt daraufhin den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:50 Uhr.

Ausschussvorsitzender	Samtgemeindebürgermeister
Fachdienstleiter	Protokollführer